



Beschlussrealisierung

Landesregierung

Magdeburg, 27. Dezember 2018

Lösung zur abschließenden Stilllegung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ - weitere Schritte

Beschluss Landtag - **Drs. 7/2045**

Zu dem o. g. Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt ergeht folgende Stellungnahme:

Mit Beschluss vom 27. Oktober 2017 wurde die Landesregierung zum o. g. Thema gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die eingeleiteten Untersuchungen zügig fortgesetzt und zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgeschlossen werden, um zur Entscheidung über das geeignete Verfahren der endgültigen Stilllegung zu kommen. Dieser Bitte wird die Landesregierung entsprechen.

Das verantwortliche Bergbauunternehmen ENGIE E&P Deutschland GmbH (ENGIE) hat bereits am 3. November 2017 öffentlich erklärt, die mit der Betriebsplanzulassung genehmigten Untersuchungen zügig umsetzen und seinen Verpflichtungen zur Stilllegung im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Land nachkommen zu wollen. Mit Datum vom 1. Dezember 2017 hat ENGIE fristgerecht den detaillierten Zeitplan für die Durchführung der Erkundungsmaßnahmen beim Landesamt für Geologie und Bergwesen eingereicht. Danach ist mit der Umsetzung des Sonderbetriebsplans unmittelbar nach dessen Zulassung begonnen worden. Es ist geplant, die zugelassenen Untersuchungsmaßnahmen Ende des Jahres 2019 abzuschließen.

Die Landesregierung wurde weiter gebeten, dem Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (WIR) jeweils zeitnah über Zwischenergebnisse zu berichten. Auch dieser Bitte wird die Landesregierung folgen und weiterhin dazu im WIR Bericht erstatten.

Im Rahmen bestehender Verhandlungen zu einem Verkauf der Betreibergesellschaft ENGIE an die Neptune Energy Group bittet der Landtag die Landesregierung, darauf zu achten, dass ein eventueller Eigentümerwechsel nicht zu Verzögerungen im Stilllegungsprozess führt.

(Ausgegeben am 10.01.2018)

Dazu nimmt die Landesregierung wie folgt Stellung:

Die ENGIE-Gruppe hat Verhandlungen über einen Verkauf ihrer internationalen E&P-Sparte (Exploration & Production International - EPI) an die Neptune Energy Group aufgenommen. Davon ist auch der Deponiebetreiber ENGIE betroffen. Der Verkauf soll im ersten Quartal 2018 abgeschlossen werden. Die Geschäftsführung der ENGIE hat dazu gegenüber der Landesregierung schriftlich betont, dass sie auch unter dem neuen Eigentümer Bestand haben und an den Standorten die Verantwortung weiterhin wahrnehmen wird.

Rainer Olmes